

Erklärung der Bischöfe der Bamenda Kirchenprovinz (BAPEC)

infolge der massiven Demonstrationen und der Ausgangssperre in der Nordwest u. Südwest Region vom 29.09. bis 02.10.2017

Die Erklärung der Bischöfe verdient es, in ganzer Länge gelesen zu werden. Die nachfolgende Beschreibung von Kerninhalten und Botschaften soll nur als erste Lesehilfe in deutscher Sprache dienen. Zudem obliegt sie den Wahrnehmungen des Unterzeichners.

Die Erklärung erfolgt am 4. Oktober, Tag des Hl. Franz von Assisi. Das ihm zugeschriebene Friedensgebet beschließt die Erklärung.

Die Bischöfe stellen zu Beginn ihre Rolle und Perspektive klar, mit allen Brüdern und Schwestern teilen zu wollen, welche Situationen sie durchlebt haben, dem Schlimmsten vorzubeugen und Stimme der Sprachlosen zu sein. Die Bischöfe kondolieren den Opfern der Todesopfer.

In knapper Rückschau auf die Entwicklung des Konfliktes starten die Bischöfe mit Ihrem Appell zu Respekt und Achtung der Verschiedenheit im Land vom 6. Dezember 2016. Zitiert wird das Statement des Erzbischofs von Bamenda auf die erste Gewalt am 8.12.2016. Entgegen dem Aufruf zur Demilitarisierung wurde zunehmende Militärpräsenz in der Region verzeichnet. Das Memorandum vom 22. Dezember 2016, das die historischen Hintergründe, 5 Felder der Konfliktbeschreibung und denkbarer Lösungsansätze enthält, wird benannt. Statt einer Antwort oder einem Dialog mit der Regierung erfuhren die Bischöfe Beschuldigungen und die Ladungen vor Gericht.

Anknüpfungs- und Referenzpunkt der jüngsten Geschichte sind die breit erfolgten und weitgehend friedlichen Demonstrationen am Freitag, den 22. September 2017, bei denen die Demonstranten mit Peaceplants und „No violence!“-Rufen die breite Verankerung des Protestes in der Region unterstrichen und zeigten, dass in der Abspaltungsbewegung (im Ausland) viele Menschen sind.

Es wird verwiesen, dass auch außerhalb der beiden anglophonen Provinzen, in ganz Kamerun, eine Angst bei den Anglophonen besteht, die an einigen Orten am Wochenende des 1. Oktobers auch Übergriffe von Sicherheitskräften erfuhren.

Angesichts der Ausgangssperre vom 29.09. bis 02.10.2017 hatte der Erzbischof von Bamenda mit dem Gouverneur der Nordwestprovinz vereinbart und öffentlich bekannt gemacht, dass religiöse Handlungen (Gebete, Gottesdienste) von dem Versammlungsverbot nicht berührt sind. Die Missachtung dieses Agreements wird in Einzelfällen belegt (z.B. Tränengas bei Verlassen der Kirche).

Die Bischöfe verurteilen auf das Schärfste den Gebrauch von Schusswaffen, auch in Situationen, in denen die Kräfte Provokation erfuhren. Sie zitieren das Tötungsverbot und wollen „ein Blutbad und einen Genozid“ verhindern. Zum Genozid-Begriff wird auf ein Zitat des früheren UN-Generalsekretärs Kofi Annan Bezug genommen: „a genocide begins with the killing of one man – not for what he had done – but what for who he is“. (#10)

Die Bezeichnung aller Anglophonen als „Terroristen“ durch Regierungsorgane befördere eine „ethnische Säuberung“ und Genozid, nur weil die Menschen Anglophone sind. „Wir müssen den drohenden Genozid stoppen!“

Es wird klargestellt, dass nach den jüngsten Ereignissen die Existenz des anglophonen Problems nicht mehr gelehnet und ignoriert werden kann. Nach dem 22. September ist sichtbar, dass es eine Idee vieler und nach dem 1. Oktober eine Situation aller Anglophonen ist. Das Problem ist nicht nur ein

Problem der Anwälte und Lehrer. Es wird hingewiesen, dass eine weitere Verschleppung des Problems dazu führt, die Anglophonen weiter vom Rest des Landes zu entfernen.

Die übergriffige Besitzergreifung von Eigentum, öffentlichen Einrichtungen durch die Abspaltungsbewegung wird verurteilt.

Es werden einige Einzelsituation der Gewalt, der Folter, der Verkrüppelung und der Verschleppung von Leichen beschrieben und Missbrauch sowie Menschenrechtsverletzungen durch die Sicherheitskräfte beschrieben.

Es gibt eine eigene Ansprache an die Sicherheitskräfte. Den Kräften, die sich mit wachem Auge für die Zeichen der Zeit von Gewalttaten zurückgehalten haben, wird gratuliert. Anderen wird mit biblisch-theologischer Begründung Orientierung gegeben, wie für Christen verantwortliches Handeln aussieht und an deren Gewissen appelliert. Das eigene Handeln zeige, ob man sich als wirklich menschliche Person erweise. Die verantwortlichen Autoritäten werden ebenfalls angesprochen: wer nur dem vorgesetzten Offizier gehorche, sei „ein Roboter und keine verantwortungsbewusste Person“. (#20)

Es wird Bezug genommen auf die Internationale Konvention gegen Folter und humanitäre Verbrechen. Dort, wo Autoritäten Vorteile aus den Handlungen der letzten Tage ziehen, werde diese Konvention verspottet. (#21)

Die Bischöfe rufen die Regierung auf (#23)

- Alle im Rahmen des Konfliktes festgenommenen Personen freizulassen; ohne das könne kein bedeutsamer Dialog geführt werden.
- Alle Getöteten sollen deren Familien übergeben werden.
- Beide Provinzen sollen entmilitarisiert werden.
- Manipulationen und falsche Propaganda in den Medien sollen unverzüglich eingestellt werden.
- Jegliche Arten der Bedrohung, Verdächtigung, Verhaftungen, Folter und Tötungen werden verurteilt.

Es gibt einen Aufruf zu einem wahrhaftigen Dialog. Die Christen sind eingeladen zum Gebet für Dialog und Frieden. Im Marienmonat Oktober wird das Rosenkranzgebet empfohlen.

Der 14. Oktober wird in der ganzen Kirchenprovinz zu einem Trauertag erklärt, an dem in allen Pfarreien Requiem-Messen gefeiert werden sollen.

Das Gebet um Frieden des Hl. Franz von Assisi beschließt den Text.

Limburg, 06.10.2017

Winfried Montz